

Krieg und Frieden und der Nahostkonflikt

Karin Kulow

Die ungelöste Palästinafrage als Quelle regelmäßiger Gewaltausbrüche

Wenn es um die prinzipielle Frage von Krieg und Frieden geht, so steht dabei nicht zufällig immer wieder auch die Nah- und Mittelostregion im Fokus. Nicht umsonst gilt dieser Teil der Welt, der mindestens über ein Jahrhundert lang durch westliche Einflussnahmen geprägt worden ist, seit eh und je als eine der weltweit brisantesten Regionen.

Der Nahostkonflikt, dessen Kern die nach wie vor ungelöste Palästina-Frage bildet, hat letztlich dazu geführt, dass Krieg und Gewalt anscheinend schon zur DNA der Region des Nahen und Mittleren Ostens gehören. Nachdem es sich in früheren Jahrzehnten um Kriege zwischen regulären Armeen gehandelt hat, kämpft die israelische Armee IDF, die als höchstgerüstete in der Region gilt, nunmehr vornehmlich mit nichtstaatlichen Akteuren; solchen, wie eben die palästinensische Hamas. Das wird von Israel zugleich als Bestandteil des 2001 von den USA und der NATO ausgerufenen weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus interpretiert.

Auch der nun von Israel ausgerufene totale Vernichtungskrieg gegen die Hamas, dem bereits vier Waffengänge jeweils unterschiedlicher Intensität vorausgegangen waren, wird als Anti-Terror-Krieg einzustufen versucht. Zwar zuvor erst noch auf palästinensischem Boden ausgetragen, wächst indessen zusehends das Risiko dessen Ausweitung auf die gesamte Region. Indem Israel mittels gezielter Tötungen von hochrangigen politischen Hamas-Funktionären Souveränitätsrechte anderer Staaten verletzt und mithin Gegenreaktionen provoziert. Oder aber sich mit der Hamas solidarisierende Gruppierungen gleicher islamistischer Provenienz, so vor allem die libanesische Hizbullah und die jemenitische Ansarullah (Huthis), aber auch die irakische Al-Haschd Asch-Schaabi, ihre bewaffneten Attacken noch weiter intensivieren und damit entsprechende Gegenschläge auslösen, wie dies gegenwärtig an allen betreffenden »Fronten« – an der libanesisch-israelischen Grenze, im Irak und am Roten Meer – geschieht. [Der Bombenanschlag auf das iranische Konsu-

lat in Damaskus am 1.4.2024¹ und der iranische Angriff auf Israel vom 13.1.2024 haben erst nach Fertigstellung dieses Artikels stattgefunden.]

Der Gaza-Krieg – Markstein einer entscheidenden Weggabelung

Was den jetzigen Krieg im Gaza-Streifen betrifft, so lässt er sich durchaus als eine Art Kipp-Punkt in der bisherigen Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts bezeichnen: Entweder sind angesichts des eingetretenen Desasters alle beteiligten Seiten endlich einsichtig genug, dass es nicht mehr so weitergehen kann wie bislang und es stattdessen eines grundlegenden Paradigmenwechsels bedarf, weil ansonsten letztlich alle Verlierer sind. Selbst Israel hat sich ungeachtet aller seiner militärischen Überlegenheit als verwundbar erwiesen.

Oder aber die Region bleibt weiterhin in dem fatalen Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt gefangen, durch den nicht nur die regionale, sondern auch die weltweite Stabilität und Sicherheit gefährdet sowie wertvolle humane und materielle Ressourcen verschlissen werden. Auch die jeweiligen Gesellschaften werden durch das damit verbundene Feindbilddenken und die konfrontative Ausrichtung der Politik zunehmend weiter aufgerieben und noch stärker polarisiert.

Palästina-Frage als Dreh und Angelpunkt

Durch Israel, unterstützt von westlicher Politik und Mainstream-Medien, wird der Anschein erweckt, wonach es sich bei

¹ [<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/damaskus-explosion-iran-botschaft-100.html>]



„Picknick“, Mohammad Al Hawajri.

diesem Krieg um den Konflikt zwischen der von ihnen als terroristisch eingestuftes Hamas und Israel handelt. Dennoch geht es bei ihm vom Wesen her darum, dass dem palästinensischen Volk das ihm zustehende Recht auf nationale Selbstbestimmung nach wie vor verweigert wird. Folglich lässt sich der 7. Oktober auch nicht als ein einzigartiges, im Vakuum stattgefundenes Ereignis unter bewusster Ausklammerung seiner Ursachen und Hintergründe betrachten. Was andererseits jedoch keinesfalls heißen soll, die von Hamas wie anderen militanten palästinensischen Gruppierungen am 7. Oktober auf israelischem Boden begangenen Gräueltaten damit rechtfertigen zu wollen. Der dabei erfolgte gewaltsame Angriff auf zivile Personen, darunter Kinder, Jugendliche, Frauen und Ältere, sowie die Gefangennahme von Geiseln sind völkerrechtswidrige Akte und deshalb auch entschieden zu verurteilen.

Aber ebenso wenig ist zu akzeptieren, dass Israel – bei aller Nachvollziehbarkeit der mit diesem 7. Oktober in Israel ausgelösten Erschütterung seines bisherigen Grundverständnisses als sicherer Zufluchtsort für alle Juden in der Welt – sein Recht auf Selbstverteidigung unter Missachtung jeglicher völkerrechtlicher Normen wahrzunehmen sucht. Nicht umsonst haben selbst US-Medien wie beispielsweise Associated Press (AP) oder CNN diesen Krieg bereits als den vergleichsweise tödlichsten wie insgesamt zerstörerischsten der jüngsten Zeit bezeichnet. So seien fast die Hälfte der zum Einsatz kommenden Munition unprä-

zise, sogenannte dumme, 1.000 kg-Bomben, die zudem noch in Gebieten abgeworfen würden, die den Menschen zuvor als sichere Zufluchtsorte benannt worden waren. Woraus sich in hohem Maße auch die unverhältnismäßig große Zahl an zivilen Opfern, darunter auffällig viele Frauen und Kinder, erklärt. Selbst jene, die überlebt haben, werden physisch wie psychisch, Zeit ihres Lebens an den Kriegsfolgen zu leiden haben.

Wie ebenso die gezielten Zerstörungen von lebensnotwendigen infrastrukturellen Einrichtungen, von Wohngebäuden², Krankenhäusern, Schulen, Wasseraufbereitungs- und Abwasseranlagen, Energieversorgungssystemen völlig unakzeptabel sind.³ Zumal sich Hunger und Krankheiten dadurch nahezu epidemisch ausbreiten und die Opferzahlen rapide weiter steigen

2 Unter Bezugnahme auf Berichte in der Washington Post von Ende Dezember 2023 seien von Oktober bis dahin 37.000 Gebäude zerstört worden, davon 10.000 völlig. Damit hätte Israel in sieben Wochen doppelt so viel Häuser zerbombt wie dies vergleichsweise in Aleppo innerhalb von drei Jahren Krieges zwischen syrischen Regierungstruppen und Rebellen geschehen war. Im Kontext damit zugleich verwiesen wird auf unter einschlägigen Beobachtern begonnene Debatten darüber, inwieweit Domicid als die vorsätzliche Zerstörung von Wohngebäuden sowie lebensnotwendiger Infrastruktur unter Umständen als neue Kategorie von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu definieren sei. Siehe dazu Netta Ahituv, Amid Israeli Destruction in Gaza, a New Crime Against Humanity Emerges: Domicid, in Haaretz vom 04. Januar 2024.

3 [vgl. Worldbank: <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/db985000fa4b7237616db-ca501d674dc-0280012024/original/Palestinian-EconomicNote-Feb2024-Final.pdf>, UNKTAD: https://unctad.org/system/files/official-document/osginf2024d1_en.pdf]

lassen. Ernsthafte Berechnungen gehen bereits von bis zu 500.000 Toten⁴ bis zum Jahresende aus.

Zu alledem hinzu kommt noch, dass sich verschiedene hochrangige israelische Offizielle, sei es nun der Präsident des Landes, der Ministerpräsident oder andere Regierungsvertreter, im Kontext mit dem Krieg mit äußerst verstörenden Aussagen hervortun, die den Eindruck erwecken, dass es mit dem Krieg gar nicht allein um Hamas geht, wenn beispielsweise davon gesprochen wird,

- den gesamten Gaza-Streifen und den Lauf der Geschichte ändern zu wollen, indem Hamas und Iran als das Böse nicht länger geduldet würden;
- eine Analogie zum Schicksal der jüdenfeindlichen Amalek hergestellt wird, jenes Stammes der zu biblischen Zeiten wegen eben dieser Feindschaft vollständig ausgelöscht worden ist;
- den Bevölkerungstransfer als „moralischen Akt“ zu popularisieren und somit zu befördern [und]
- hinsichtlich der palästinensischen Präsenz im Gaza-Streifen lediglich noch eine Zahl zwischen 100.000 und 200.000 gelten lassen zu wollen
- oder auch die Wiedererrichtung dortiger jüdischer Siedlungen in Angriff zu nehmen.

Dies alles noch auf die Spitze getrieben, wurde sogar über einen Atombombenab-

4 [<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gaza-streifen-krieg-hunger-100.html>]



„Pause für ein Schläfchen“, Mohammad Al Hawajri.

wurf spekuliert, obwohl Israel offiziell gar nicht in dessen Besitz sein will. [vgl. Lisa Schneider, taz, 29.10.2023⁵, Tania Krämer, DW, 15.1.2024⁶ und Alexander Riechelmann, Funke Medien, 9.11.2023⁷]

Israel mit Völkermord-Vorwurf konfrontiert

Was alles zusammengenommen für Südafrika einen hinreichenden Grund dafür bildete, um unter Berufung auf die UN-Völkermordskonvention von 1948 beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag gegen Israel eine Klage wegen Völkermords im Gaza-Streifen anzustrengen und um eine einstweilige Verfügung zur Beendigung des Krieges nachzusuchen. Das wird von anderen Staaten unterstützt, wie Bolivien, Jordanien, Malaysia, Pakistan und Türkei sowie durch die Zusammenschlüsse Organisation Islamische Kooperation (OIC) und Arabische Liga (AL), die weit über 50 Staaten des globalen Südens und mithin ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten repräsentieren.

Bei den inzwischen erfolgten Anhörungen hat Südafrika am 11. Januar die Grundausagen seiner 84-seitigen Anklageschrift, in der die Geschehnisse seit Ausbruch des Krieges minutiös wie auch im Detail die

⁵ [https://taz.de/Benjamin-Netanjahus-Kriegsrhetorik/!5964144/]

⁶ [https://www.dw.com/de/welche-zukunft-haben-die-pal%C3%A4stinenser-im-gazastreifen/a-67962932]

⁷ [https://www.derwesten.de/politik/israel-krieg-gaza-atombombe-kuehn-amas-atomwaffe-a-id300711142.html]

verbalen kriegsbegleitenden Auslassungen gebündelt sind, noch einmal dezidiert dargelegt. In der am Folgetag vorgetragenen israelischen Gegenrede wurden alle Klagepunkte als falsch und zutiefst verzerrt zurückgewiesen. Für Israel gehe es um die Selbstverteidigung gegen Hamas und andere terroristische Organisationen. Südafrika wurde zudem beschuldigt, langer Arm der Hamas zu sein und dementsprechend gefordert, die Klage als unbegründet abzuweisen sowie den Antrag auf Beendigung des Krieges abzulehnen. Stattdessen sei eher die Hamas wegen des 7. Oktober des Völkermordes zu beschuldigen.

Einen der Streitpunkte aus israelischer Sicht bildet die Frage, inwieweit Aussagen einzelner israelischer Regierungsvertreter zum Krieg als völkermörderischer Beleg überhaupt zu nutzen wären, da sie keine offiziellen politischen Absichtserklärungen darstellten, sondern es sich lediglich um freie Meinungsäußerungen handele. Obwohl die engsten westlichen Verbündeten Israels doch sicherlich nicht ohne Grund nach Bekanntwerden der südafrikanischen Klageerhebung betreffende Auslassungen rasch deutlich kritisierten hatten. So wiesen US-Außenamtssprecher Mathew Miller wie EU-Außenbeauftragter Josep Borrell diese in ihren jeweiligen Statements nahezu wortgleich sogar als aufrührerisch und unverantwortlich zurück, während sie von Berlin als wenig hilfreich bezeichnet wurden.

Immerhin orientiert doch der Koalitionsvertrag der Netanjahu-Regierung darauf, die Palästina-Frage endgültig von der poli-

Mohammad Al Hawajri

In Gaza ist durch den aktuellen Krieg auch ein Ort der Kreativität und des künstlerischen Schaffens gefährdet. Mohammed Al Hawajri zählt zu den bedeutendsten zeitgenössischen Künstlern, die dort leben. Die oben abgebildeten Werke gehören zu einer Serie, in der Hawajri die klassische Moderne mit Momentaufnahmen aus dem Alltag im Gaza Streifen verbindet. Er eröffnet neue Perspektiven auf eine Welt, die im Westen sonst kaum zu sehen – und derzeit massiv bedroht ist.

Mehr Informationen:
guernicagaza@gmx.de

tischen Agenda zu verdrängen und Israels Kontrolle über das gesamte historische Palästina sicherzustellen. Wofür der vom heutigen Finanzminister Bezalel Smotrich 2017 vorgelegte Plan »One Hope« eine gewisse Blaupause bildet, der klipp und klar besagt, wonach es auf dem Territorium westlich des Jordan-Flusses, nur Platz für das Selbstbestimmungsrecht einer Nation, nämlich der jüdischen, gäbe. Nur so könne das Blutvergießen beendet und wahre Koexistenz zwischen Juden

und jenen Arabern, die diese Ansicht teilen, erreicht werden.⁸

Dieser Plan wurde im selben Jahr veröffentlicht, in dem die Hamas jene Modifizierungen an ihrer Charta beschlossen hatte, die eine Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung enthielten⁹. Während westliche Politik und Mainstream-Medien dennoch der Hamas weiterhin in toto vorwerfen, wegen des Anspruchs auf das gesamte historische Palästina die Existenz des Staates Israel infrage zu stellen, scheinen ihnen gleichartige Territorialansprüche auf israelischer Seite weniger relevant oder möglicherweise sogar akzeptabel.

Sichtlicher Ansehensverlust der USA wie des Westens

Ob es die USA wie andere westliche Staaten nun wahrhaben wollen oder nicht: Mit ihrer einseitigen Parteinahme und bekundeten uneingeschränkten solidarischen Unterstützung für Israel haben sie der Region – wie überdies der Welt – die Botschaft vermittelt, wonach es allein um ihre Interessen gehen soll. Dass die ansonsten von ihnen postulierten Menschenrechte nicht für alle gleichermaßen gültig sind und auch nicht alle Leben gleich viel zählen. Was für die Menschen in der Region noch um so gravierender ist, als sie im Bewusstsein ihrer Geschichte als einst kolonial unterdrückte Völker nunmehr erneut deren Renaissance zu erleben scheinen. Und was noch im besonderen Maße die Palästinenser betrifft, die sich mit der Umsetzung der Ende des 19. Jahrhunderts in Europa begründeten und danach von der damaligen britischen Kolonialmacht unterstützten jüdischen Staatsidee abzufinden hatten, womit die Wurzeln für den seither lösungsresistenten Territorialstreit gelegt worden sind.

Wie sich Israel bislang in seiner ganzen bisherigen Geschichte, beginnend mit den gezielten jüdischen Einwanderungen vor allem seit den 1920er Jahren, auf westliche Unterstützung verlassen konnte, so haben sich die USA und andere westliche Staaten mit Beginn des Krieges sofort

8 Wörtlich heißt es dort: »Den Konflikt zu beenden bedeutet, das Bewusstsein – praktisch und politisch – zu schaffen und zu zementieren, dass es westlich des Jordan-Flusses Platz nur für einen Ausdrück von Selbstbestimmung gibt; nämlich für den der jüdischen Nation.«, abzurufen unter <https://has-hiloach.org.il/israels-decisive-plan/>

9 Unter Punkt 20 erwägt die Hamas die Errichtung eines völlig souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates auf der Grundlage der 1967er Grenzen. <https://www.middleeasteye.net/news/hamas-2017-document-full>

an die Seite Israels gestellt und sich auch mit dem Ziel der Vernichtung von Hamas einverstanden erklärt. Ohne diese sofort bekundete uneingeschränkte Solidarität, versehen mit der unverbindlichen verbalen Bekundung, das humanitäre Völkerrecht zu achten, hätte sich Israel kaum zu einem derartig rigorosen Vorgehen ermutigt fühlen können.

So gesehen, dürfen sich die westlichen Unterstützer Israels auch nicht darüber wundern, wenn ihnen nun eine Mitverantwortung an diesem Krieg und die Mitschuld an der hohen Zahl ziviler Opfer sowie dem riesigen Ausmaß der Zerstörungen angelastet werden. Wie gleichfalls auch nicht darüber, dass sie unverblümt ihrer Doppelmoral geziehen werden und sie sich insgesamt mit einem sichtlich weiter schwindenden Einfluss konfrontiert sehen. Was sich nicht zuletzt darin äußert, dass seit Beginn des Jahres vier Staaten der Region – Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, VAE – in dem alternativen BRICS-Staatenverbund¹⁰ mitwirken.

Sowohl der am 21. Oktober in Kairo einberufene »Gipfel für Frieden« als auch der Gemeinsame Gipfel von OIC und AL vom 11. November in Riyad forderten – wie die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten mit gleich mehreren Resolutionen, darunter zuletzt mit einer Zustimmung von 153 Staaten – ein Ende der Kampfhandlungen. Überdies bekräftigt wurden die zentrale Stellung der Palästina-Frage und die Solidarität im Ringen um ein Ende der israelischen Besatzung und die Gewährleistung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts.

Wie sehr die USA ihres Ansehens in der Region bereits verlustig gegangen sind, veranschaulichen nicht zuletzt auch Reaktionen in Politik und Medien auf das von den USA am 8. Dezember 2023 im UN-Sicherheitsrat eingelegte Veto gegen die von UN-Generalsekretär Antonio Guterres unter Berufung auf Artikel 99 der UN-Charta angestrebte und von den VAE eingebrachte Resolution zur Beendigung des Blutvergießens. Nicht nur das Veto selbst wird als beschämend und als ein sehr schwarzer Tag für die Menschlichkeit scharf verurteilt. Sondern ebenso, dass die Biden-Administration zudem noch zur Fortsetzung des Krieges beitrüge, indem sie Israel – sogar unter Umgehung der normalen Verfahren des Waffenkontrollgesetzes – weitere Waffen

und Munition zur Verfügung stelle.¹¹ Aus ägyptischer und arabischer Sicht, so eine Stimme aus ägyptischen Regierungskreisen, seien dies weitere Akte der Infamie und sei es deshalb an der Zeit, die Beziehungen zu den USA neu zu bewerten. Diese könnten nicht, wie bislang, als strategische Partnerschaft fortgeführt werden »mit einem Land, welches weitere Waffen an Israel liefert, um unschuldige arabische und palästinensische Menschen niederzumähen«¹².

Kein dauerhafter Frieden ohne tragfähige Lösung der Palästina-Frage

Wenn es wenigstens eine, aus diesem fürchterlichen Krieg unbedingt zu beachtende Lehre gibt, so besteht diese darin, dass es höchste Zeit ist, den schon so lange virulenten Israel-Palästina-Konflikt endlich bei der Wurzel zu packen: Ohne eine tragfähige Lösung der Palästina-Frage wird es auch für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben. Oder anders gesagt: Das von Israel eingeforderte Recht auf sichere Existenz lässt sich ohne die Gewährleistung auch des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes nicht garantieren. Da Unterdrückung und Gewalt immer wieder auch Gegengewalt erzeugen und dies insbesondere die Extremisten auf allen beteiligten Seiten stärkt.

Wenngleich die Aussichten auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel im Moment noch düsterer scheinen als jemals zuvor, so muss es dennoch darum gehen, wenigstens erst einmal die Weichen dafür zu stellen. In dieser Hinsicht ermutigend jedenfalls sind Überlegungen von Ex-Shin-Bet-Chef Ami Ayalon, der es als das Missverständnis bezeichnet, dass die Palästinenser nicht als eigenständi-

11 Und zwar von Außenminister Antony Blinken damit begründet, wonach die USA sich der Sicherheit Israels verpflichtet sähen und es im vitalen nationalen US-Interesse läge sicherzustellen, dass Israel in der Lage sei, sich selbst gegenüber den gegen sich gerichteten Bedrohungen zu verteidigen. Wiedergegeben in <https://www.naharnet.com/stories/en/2464-biden-administration-bypasses-congress-new-emergency-arms-sale-to-israel>

12 Hussein Haridy, A shameful US veto, abzurufen unter <https://English.ahram.org.eg/NewsContent/50/1204/513924/AIAhram-Weekly/Opinion/A-shameful-US-veto.aspx>; [ob die nach Fertigstellung dieses Artikels stattgefundene Enthaltung der USA im UN-Sicherheitsrat am 25.3.2024 an dieser Entwicklung etwas zu ändern vermag, bleibt abzuwarten: <https://www.deutschlandfunk.de/verhaeltnis-usa-israel-100.html>; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-fordert-sofortige-waffenruhe-in-gaza-1961181.html>]

10 [<https://de.wikipedia.org/wiki/BRICS>]

ges Volk gesehen werden. Wenn irgendjemand glaube, dass die Palästinenser, kapitulieren würden, dann kenne er weder die Palästinenser noch die Hamas. Wie es ebenso aus seiner Sicht ein Fehler Israels gewesen sei, die 2002 von der Arabischen Liga verabschiedete »Arabische Initiative« ausgeschlagen zu haben.¹³ Gemeint ist das darin enthaltene Angebot, die Normalisierung der Beziehungen zu Israel an die Proklamierung eines Palästina-Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zu koppeln.

So selbstverständlich es einerseits ist, dass die Frage des Palästina-Staates insofern internationalisiert ist, als dessen Existenzrecht genau wie das Israels auf einer Entscheidung der UNO-Vollversammlung, namentlich der Resolution 181 aus dem Jahre 1947, gründet, mit der die Aufteilung des historischen Palästinas, dem damaligen britischen Mandatsgebiet, beschlossen worden ist. Was andererseits aber nicht impliziert, dass es den USA allein überlassen bleiben soll, die Parameter für die Zeit nach dem Krieg zu bestimmen. Alle bisherigen Versuche, den Konflikt beizulegen, sind im Wesentlichen daran gescheitert, dass statt der »Stärke des Rechts« das »Recht des Stärkeren« durchzusetzen versucht worden ist. Was nicht zuletzt mit der parteiischen Vermittlung durch die USA zugunsten Israels zu tun hatte.¹⁴

Stattdessen muss es um einen Friedensprozess gehen, der unter einer unparteiischen Vermittlung steht und zu einer neuen stabilen Sicherheitsarchitektur führt und den Palästinensern Gerechtigkeit widerfahren lässt. Die von China und anderen BRICS-Staaten ins Spiel gebrachte Internationale Konferenz, die alle maßgeblichen Akteure der Region einbezieht, einschließlich Iran und dessen islamistische Verbündete und die von der Suche nach einem fairen Interessenausgleich zwischen den Parteien getragen ist, könnte ein konstruktiver Ansatz dafür sein.



Prof. Dr. Karin Kulow (Jahrgang 1940) ist Arabistin und Islamwissenschaftlerin. Sie hat viele Jahre zur Entwicklung politischer Systeme in arabischen Ländern und zum israelisch-palästinensischen Konflikt geforscht und gelehrt. Erstveröffentlichung in Hintergrund 3-4/24. [Von der Schlepper-Redaktion ergänzte Bezugsquellen und Anmerkungen in eckigen Klammern].

¹³ Interview mit dem Haaretz-Kolumnisten Yossi Melman in der englischen Ausgabe der Zeitung vom 10. Januar 2024

¹⁴ [vergl. hierzu „Eiserne Schwerter“ und „die Gefahr eines regionalen Flächenbrands“ in Gegenstandspunkt 1-24]

In der allergrößten Not: Asyl-Entscheidungsstopp?!

Subsidiärer Schutz für Gaza-Flüchtlinge

In fast schon seltener Einmütigkeit gehen deutsche Gerichte derzeit davon aus, dass Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen in Deutschland subsidiärer Schutz zu gewähren ist, weil dort ein bewaffneter Konflikt herrscht, in dessen Rahmen jeder dort befindlichen Zivilperson eine ernsthafte Bedrohung ihres Lebens oder ihrer Unversehrtheit droht. Zu den neueren einschlägigen Entscheidungen zählen etwa das Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Berlin vom 26. Februar 2024 (Az. 34 K 5/23 A) und das Urteil des VG Sigmaringen vom 7. März 2024 (Az. A 5 K 1560/22) oder das OVG Sachsen-Anhalt (siehe Urteil vom 20.11.2023). Es handele sich um offenkundige Tatsachen, so das VG Berlin, die keines Beweises bedürften, und es sei auch nicht mit einem baldigen Ende des Krieges und einer Entspannung der Lage zu rechnen. Auch die humanitäre Situation, so das VG Sigmaringen, sei derzeit und auf unabsehbare Zeit unbeschreiblich katastrophal, so dass die Schwelle einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts offensichtlich überschritten sei.

Insbesondere das VG Sigmaringen wird in Hinblick auf die unter anderem auch von PRO ASYL (<https://t1p.de/oewuo>) kritisierte Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, über Asylanträge von Gaza-Flüchtlingen derzeit nicht zu entscheiden, einigermaßen deutlich und hält nichts von einer angeblich „fehlenden Spruchreife“ wegen der „Volatilität der Lage“ im Gaza-Streifen. Den verfügbaren Erkenntnismitteln und den Verlautbarungen der Konfliktparteien lasse sich entnehmen, dass die Kampfhandlungen mitnichten in absehbarer Zeit beendet würden. Vielmehr dauere der offene Konflikt nunmehr bereits fünf Monate und füge sich im Übrigen in eine seit Jahren immer wieder eskalationsanfällige angespannte Lage ein, die vielfach wiederholt zu Gewaltausbrüchen geführt habe. Prognostisch müsse daher bis auf Weiteres davon ausgegangen werden, dass die Gefahren für Zivilpersonen in beachtlicher Weise fortbestehen würden. Unabhängig davon sei außerdem unzweifelhaft, dass die desaströse humanitäre und wirtschaftliche Lage selbst bei einem Abflauen der offenen Kampfhandlungen von unabsehbarer Dauer und Härte bleiben werde.

Quellen: HRRF-Newsletter 139 v. 5.4.2024, www.hrrf.de; Flüchtlingsrat Baden-Württemberg